Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" vierteljährlich 2.52 RM., vierzehntägig 1.10 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12207. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.50 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 154 | Dresden, Mittwoch den 4. Juli 1928 | 39. Jahrg.

Das Programm der neuen Regierung

SPD. **Berlin**, 3. Juli

Seit 8 Jahren hat zum erstenmal wieder ein sozialdemokratischer Reichskanzler zum deutschen Volke gesprochen. Zum erstenmal wieder seit 5 Jahren sehen wir sozialdemokratische Minister auf den Bänken der Reichsregierung. In den vorderen Reihen der deutschnationalen Fraktion sitzen am Tage der Regierungserklärung Hergt, mit vergnügtem Lächeln Herr Schiele und der ewig melancholische von Keudell. Auf dem Führersitze des Zentrums hat sommerlich gebräunt Herr Wilhelm Marx Platz genommen. Die Männer haben gewechselt. Programm und Taten der neuen Regierung sollen erkennen lassen, daß auch ein politischer Systemwechsel in Deutschland eingetreten ist.

Hermann Müllers Kanzlerrede ist von einem nüchternen Optimismus getragen. Entschiedene soziale und politische Reformen — das ist sein Bekenntnis und seine Forderung. Immer wieder arbeitet er in seinem langen und gründlichen Vortrag soziale, wirtschafts- und finanzpolitische Reformpläne heraus. Wiederholt geben sich die Kommunisten Mühe, an einzelnen Stellen, unterstützt von den Nationalsozialisten, den Redner durch langdauernde Zurufe zu überschreien. Spielend wird der erfahrene Parlamentarier mit dem ungezogenen Benehmer der rechten und linken Radikalinskis fertig. Schließlich verzweifeln die Zwischenrufer an der Sachlichkeit des Vortrages. Ungestört, unter dem stürmischen Beifall der Sozialdemokraten und etwas gedämpfter Zustimmung der Mittelparteien kann Hermann Müller seine Rede beenden.

Fünf Parteien sind an der Regierung beteiligt. Fünf programmatisch stark geschiedene Strömungen machen ihren Einfluß auf die Führung der Reichsgeschäfte geltend. Daß die unzweifelhaften Gegensätze in diesem Kabinett wie in jeder Regierung mit Koalitionscharakter auf so manchem Gebiete vorsichtiges Prüfen und Ringen notwendig machen, wird jeder begreifen. Manche Formulierung im Regierungsprogramm ließen diese Schwierigkeiten naturgemäß erkennen.

Trotzdem ist es unserem Reichskanzler gelungen, die von den republikanischen und sozialistischen Wählermassen geforderte Linksschwenkung schon in der Programmrede deutlich zu machen. Das gilt, was am wenigsten zu erwarten war, sogar für die Außenpolitik. Niemals ist in den letzten fünf Jahren so entschieden und eindeutig das politische und wirtschaftlich einige Europa, ist so radikal das Abtragen der Zollmauern von einer Regierungsbank in irgendeinem Staate unseres Kontinents gefordert worden, wie diesmal von Hermann Müller. Selbstverständlich waren diese Erklärungen verbunden mit dem Rufe nach der vollen Gleichberechtigung Deutschlands. Die Rechte des Hauses hätte, wenn sie dessen fähig wäre, aus diesen Partien der Rede lernen können, wie man entschlossene Selbstbehauptung der Nation mit dem Willen zur Verständigung verbindet. Wir erinnern uns nicht, daß eine der deutschnational beeinflußten Reichsregierungen so entschiedene Worte für die Befreiung des Rheins und der Saar über die Westgrenzen gerufen hätte, wie die von einem sozialdemokratischen Kanzler gehörte.

Das innerpolitische Programm wich keinem der großen Probleme aus. Die großen Klassengegensätze klangen in der Ankündigung einer stärkeren Machtstellung des Staates gegen die großen Kartelle und Privatmonopole an. Die wichtigen Produktivkräfte im Mittelstand und in der Landwirtschaft erhielten volle Würdigung. Unter den Reformen, die der Kanzler erstrebt, ist wohl die wichtigste vermehrte Kleinsiedlung in den dünn bevölkerten Teilen Deutschlands. Die Reichsregierung wird starke Widerstände überwinden müssen und langer Lebensdauer bedürfen, wenn sie gerade diese Frage der Lösung näherbringen will. Mit höhnischem Lächeln nehmen die Deutschnationalen diesen Teil der Regierungserklärung auf. Verständnisvolle Worte für die Landwirtschaft aus dem Munde eines Sozialdemokraten? Die müssen im deutschnationalen Parteiinteresse verrissen werden. Großes Siedlungsprogramm? Man mobilisiert in Gedanken schon die großagrarischen Kräfte, die Landbundorganisationen, die Hindernisse gegen jede „Gefahren" aufrichten.

Breite und wichtigste Teile der Kanzlerrede gelten dem industriellen Proletariat, den Angestellten, den Beamten, insbesondere auch den älteren, immer wieder von der Entlassung bedrohten Arbeitskräften. Ohne jede Einschränkung bekennt sich die Reichsregierung zum Washingtoner Achtstundentag-Abkommen. Mit allen Kräften will sie sich für dessen allgemeine Ratifikation einsetzen. Als Hermann Müller vermehrten Kampf gegen die Wohnungsnot proklamiert, höhnt ein Kommunist über den Ausbau des Reichskanzlerpalais. Der Kanzler erwidert: „Haben Sie schon einmal den Kreml in Moskau gesehen?" Die Antwort blieb aus. Die Kommunisten halten einstweilen Ruhe. Die Senkung der Lohnsteuer wird als besonders vordringlich anerkannt. Zum erstenmal wird von einer Reichsregierung die Beseitigung der Todesstrafe als erstrebenswertes Ziel aufgestellt. Der Wunsch nach einer Amnestie wird ausgesprochen. Die Reichswehr wird als ein Instrument der Republik bezeichnet, das der Parteipolitik entzogen werden müsse. Als Hermann Müller von der Notwendigkeit allgemeiner Sparsamkeit, als er auch von den Grenzen des finanziell Möglichen spricht, dürfte dies wohl auch als eine Mahnung an alle diejenigen gelten, die mit Rüstungsexperimenten für die Marine spielen.

Der Reichskanzler schließt nicht nur mit dem Wunsche, daß eine Reichstagsmehrheit vertrauensvoll hinter der neuen Regierung stehe. Er ruft die Forderung in das Parlament und in das Land, daß die Aera der Krisen beendet sein müsse. Das Volk erwarte eine Regierung von Dauer. Ein Kabinett, das seine ganze Kraft auf die Arbeit vereinen könne.

* * *

Hermann Müllers Erklärung

4. Sitzung, Dienstag, 3. Juli.

Haus und Tribünen sind stark besetzt. — Am Regierungstische: Reichskanzler Müller und die übrigen in Berlin anwesenden Mitglieder des Kabinetts.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr und teilt das Schreiben des Reichskanzlers über die Ernennung der neuen Reichsregierung mit. Auf der Tagesordnung steht die

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung

Reichskanzler Müller

nimmt, von den Kommunisten mit höhnischen Zurufen begrüßt, sofort das Wort:

Die Reichsregierung hat die Aufgabe, unablässig dahin zu wirken, daß die Wunden des Krieges und der Nachkriegszeit sich immer mehr schließen und auf allen Gebieten entschlossene Reformarbeit geleistet wird. Denn nur entschiedenes Weiterarbeiten auf dem Weg des sozialen und politischen Fortschrittes entspricht dem Willen, den das deutsche Volk bei der Reichstagswahl bekundet hat. Solchem Ziele dient

die Zusammensetzung der Reichsregierung.

Beruht sie auch noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage, so hat doch ihre Zusammensetzung die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. Auf dieser Basis hat das neue Reichskabinett seine Tätigkeit aufgenommen.

In der auswärtigen Politik

ist der Weg, den die Reichsregierung gehen wird, klar vorgezeichnet. Die deutsche Außenpolitik verfolgt ihre Ziele in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche. An dieser Grundlage werden wir festhalten. Von ihr aus werden wir das Ziel weiter verfolgen, Deutschland eine gleichberechtigte Stellung unter den Nationen zu sichern und in aufrichtiger Zusammenarbeit mit andern Regierungen auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas hinzuwirken. In Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke ist die Reichsregierung von unserm wohlbegründeten Anspruch auf die sofortige Befreiung der besetzten Gebiete überzeugt. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Besatzungsmächte aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre die gegebenen Schlußfolgerungen noch immer nicht gezogen haben, und es aus diesem Grunde bisher nicht gelungen ist, in den wechselvollen Erörterungen über die Räumungsfrage ein praktisches Ergebnis zu erzielen. Die noch aus der Kriegszeit dastehende Schranke muß endlich niedergelegt werden, da sie der Begründung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern im Wege steht. Wir erwarten auf das bestimmteste, daß dieser Gesichtspunkt im gleichen Maße nunmehr auch von den an der Besetzung beteiligten fremden Regierungen gewürdigt wird. Wir erwarten auch, daß bei ihnen jeder von andrer Seite unternommene Versuch, den Sachverhalt durch das unberechtigte Hineinziehen andrer Probleme zu verwirren, vergeblich bleiben wird. Das Räumungsproblem ist einfach und klar. Es bedarf nur des guten Willens, um es zu lösen.

Unsere Betätigung im Völkerbund

Wir sehen im Völkerbund einen der wichtigsten Faktoren des internationalen Lebens und damit auch die Förderung der nationalen Interessen. Wir sind entschlossen, an allen Aufgaben, die in Genf zu lösen sind, loyal mitzuarbeiten. Von den allgemeinen Völkerbundproblemen steht jetzt im Vordergrund unseres Interesses die **Frage der allgemeinen Abrüstung.** Deutschland ist der erste Staat gewesen, der dem neuerdings von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgelegten allgemeinen

Pakte zur Aechtung des Krieges

ohne Vorbehalt zugestimmt hat. Wir werden auch weiterhin das Unserige tun, um diesen großzügigen Plan zu verwirklichen, der die Sicherung des Friedens auf die denkbar breiteste Grundlage stellt. Alles das gibt uns das Recht und die Pflicht, mit allem Nachdruck die Forderung zu erheben, daß jetzt endlich **mit der Durchführung der allgemeinen Abrüstung ernst gemacht** und so der sehnlichste Wunsch der Völker, die durch den furchtbaren Krieg gegangen sind, erfüllt wird. Vor eine weittragende Aufgabe wird uns die kommende

Entwicklung auch in der Reparationsfrage

stellen. Mag der Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Endlösung sich auch heute noch nicht genau übersehen lassen, so ist doch die Entwicklung weit genug fortgeschritten, um in allen beteiligten Kreisen Raum für die Ueberzeugung zu schaffen, daß die baldige Herbeiführung dieser Endlösung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist.

Die Reichsregierung wird durch weltwirtschaftliche Betätigung die deutschen Wirtschaftskräfte stärken und gute handelspolitische Beziehungen pflegen. Wichtig für die Gestaltung der Ausfuhr sowohl, als auch für die Sicherung eines angemessenen Reallohns der werktätigen Bevölkerung ist die

Preisgestaltung auf dem inneren Markt.

Zu ihrer Beeinflussung dient neben einer auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit zielenden Handelspolitik vor allem auch die richtige Einstellung des Staates zu den großen in Kartell-, Trust- und ähnlichen Formen unser Wirtschaftsleben beeinflussenden monopolistischen Organisationen. Dazu muß die Leitung eines Staatswesens den unbedingt nötigen Ueberblick und Einblick in diese Organismen erhalten.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß weite Kreise des Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe sich in schwerer Notlage befinden.

Dem Handwerk gegenüber soll durch alsbaldige Vorlage und Verabschiedung der Handwerkernovelle das gegebene Versprechen der Regelung einiger wichtiger Organisationsfragen eingelöst werden. Den **genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen** von Handwerk und Gewerbe ist tatkräftige Förderung zu verleihen. Die Heranbildung eines ausreichenden Stammes an Facharbeitern zu

Eine Friedensrede Poincarés

Paris, 3. Juli.

Bei einem heute abend von der amerikanischen Handelskammer anläßlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages gegebenen Bankett hielt Ministerpräsident Poincaré in Erwiderung einer Rede des amerikanischen Botschafters eine Ansprache, in der er einen längeren Rückblick auf die Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten vom Unabhängigkeitskriege bis zum Weltkrieg warf. Er gedachte zunächst des Wertes der amerikanischen Waffenhilfe und fuhr dann fort:

Der Friede ist gekommen und er hat den Siegern wie den Besiegten gezeigt, daß in einer durch die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen immer enger verbundenen Welt jeder Krieg zwangsläufig nicht wieder gutzumachende Schäden zurückläßt. Frankreich wird nicht müde werden, der Welt Beweise für seinen friedfertigen Willen zu geben. Seit dem Vertrage von Versailles hat es im Völkerbund zuversichtlich und eifrig mitgearbeitet. Bei aller Hingabe an die Sonderverträge, die wir unterzeichnet haben, und bei aller Unmöglichkeit, irgend etwas zu tun, was ein Vergessen oder eine Verleugnung der Völkerbundsatzungen oder dieser Verträge bedeuten würde, wird Frankreich niemals eine Gelegenheit abweisen, feierlich die Offensivkriege zu verdammen. Vorausgesetzt, daß es die Freiheit hat, seine Sicherheit gegen eventuelle Invasionsdrohungen zu garantieren und sie gegen alle Angriffe zu verteidigen, ist es ständig bereit, den Krieg als die abscheulichste Geisel zu brandmarken und sein möglichstes zu tun, um seine Wiederkehr zu verhindern.

Zehn Jahre haben nicht genügt, um unsere Wunden ganz zu heilen. Hoffen wir wenigstens, daß in den kommenden Jahren der Friede endgültig seine Herrschaft über die Welt aufrichten wird.

*

Flottenparade

P. **Paris**, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Am Dienstag fand in Le Havre die seit langem angekündigte Parade der französischen atlantischen und Mittelmeerflotte vor dem Präsidenten der Republik und den Mitgliedern der Regierung statt. Präsident Doumergue legte angesichts des ihn umgebenden militärischen Drucks, der stark an gewisse Veranstaltungen in der Vorkriegszeit erinnert, sichtlichen Wert auf die wiederholte Feststellung, daß Frankreich, wenn es zur See rüste, einzig und allein den Ehrgeiz habe, dem Frieden zu dienen, und daß eine machtvolle Flotte zur Sicherung seiner Küsten und seiner Kolonien unbedingt notwendig sei.

Der Marineminister verglich die Parade mit der vor drei Jahren in Cherbourg abgehaltenen und wies darauf hin, daß seither die Flotte vollkommen umgestellt worden sei. In der Tat sind von den 80 Einheiten, die an der Parade teilnehmen, die Hälfte Neubauten, vor allem neue Kreuzer und Torpedoboote. — Der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, erwähnte in seiner Ansprache, daß aus den im Dawes-Plan vorgesehenen Zahlungen die Summe von 1½ Milliarden für Neubauten des Hafens Le Havre vorgesehen sei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280704/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG